

Europäische Parteien

Johanna Schmidt-Jevtic

Europäische Parteien sind grenzüberschreitend kooperierende Bündnisse von nationalen Parteien. Die Europäische Union erkennt diese Organisationen politischer Parteien auf europäischer Ebene an und unterstützt sie durch Finanzierung. Die Rechtsgrundlage für Europäische Parteien ist zum einen im Primärrecht der EU (Artikel 191 EGV) verankert. Zum anderen wurde im Sekundärrecht durch die Verabschiedung (2003) und Änderung (2007) des Parteienstatuts die finanzielle Eigenständigkeit Europäischer Parteien und ihre Unabhängigkeit von den Fraktionen sichergestellt.¹ Mitte 2009 sind neun politische Parteien auf europäischer Ebene registriert und werden dementsprechend finanziell unterstützt. Neben den traditionellen Parteien – EVP, SPE, ELDR, EGP und EFA – sind folgende Parteien auf europäischer Ebene anerkannt: Europäische Demokratische Partei (EDP), Allianz für ein Europa der Nationen (AEN), Partei der Europäischen Linke (EL) und die EU-Demokraten (EUD). Die Allianz der Unabhängigen Demokraten in Europa (AIDE) hat sich Ende 2008 aufgelöst.

Im zurückliegenden Jahr waren alle Parteien vornehmlich mit den Vorbereitungen auf die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP), die vom 4. bis 7. Juni 2009 stattfanden, beschäftigt. Alle Parteien veröffentlichten in den Monaten vor der Wahl Wahlmanifeste bzw. Wahlprogramme, die meist auf der Organisationsebene der Parteikongresse verabschiedet wurden. Neben ideologisch begründeten Gewichtungen der Themenkomplexe Klimawandel und Energiesicherheit, nahmen Vorschläge zur Überwindung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise parteiübergreifend einen breiten Raum in den Wahlprogrammen ein.

Europäische Volkspartei – EVP

Die EVP umfasst 74 christdemokratische, konservative und andere Mitte-Rechts-Parteien als Mitgliedsparteien, assoziierte Parteien oder Parteien mit Beobachtungsrecht aus 38 Ländern. Vorsitzender der EVP ist Wilfried Martens (CD&V, Belgien). Nach der Wahl im Juni 2009 musste die EVP den Austritt dreier Parteien hinnehmen. Die Folge dieses Austritts zeigt sich in der parlamentarischen Repräsentation der EVP. Entgegen der Tradition der vergangenen Jahre bildet die EVP keine gemeinsame Fraktion mit den Europäischen Demokraten im Europäischen Parlament (EP) mehr. Die 35 Abgeordneten der bisherigen ED-Parteien Conservaties, UUP (beide Großbritannien) und ODS (Tschechien) haben die Fraktionsgemeinschaft verlassen.² Dennoch stellt die EVP-Fraktion mit 265 Abgeordneten die größte Fraktion. Die politische Bedeutung der größten europäischen

1 Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.11.2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene. Verordnung (EG) Nr. 1524/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 Zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung.

2 Vgl. Oskar Niedermayer, Europawahl 2009. Zusammenhänge, Ergebnisse und Folgen. FES Internationale Politikanalyse, Juni 2009, S. 6.

politischen Partei zeigt sich auch in den anderen europäischen Institutionen: der Kommissionspräsident Barroso sowie acht Kommissare sind Vertreter von Mitgliedsparteien der EVP. Der Januar 2007 amtierende EP-Präsident, Hans Gert Pötering (CDU, Deutschland) wurde im Juli 2009 von seinem Parteifreund aus Polen, Jerzy Buzek (PO, Bürgerplattform) abgelöst. Zudem stammen 13 europäische Staats- und Regierungschefs aus den Reihen der konservativen Europäischen Volkspartei.

Auf dem Kongress vom 29. bis 30. April 2009 in Warschau haben die Delegierten der EVP ein Manifest mit dem Motto „Stark für die Menschen“ verabschiedet, das fünf Themenschwerpunkte beinhaltet:³ Neben dem traditionellen Wunsch nach einem sicheren und geeinten Europa sowie der Stärkung und Stabilisierung der Wohlstands der Bürger, sind die Bewältigung des demographischen Wandels in den europäischen Gesellschaften und die Bekämpfung des Klimawandels die Eckpunkte des Wahlprogramms der konservativen Europapartei. Die politische Debatte des vergangenen Jahres und auch die weiteren Resolutionen, die in Warschau verabschiedet wurden, wurde bei der EVP wie auch vornehmlich bei den anderen Parteien von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt.⁴ Im Bereich der weiteren Erweiterung der EU nimmt die EVP eine deutliche Position ein. Während der Beitritt der Türkei in den Mitgliedsparteien der EVP mehrheitlich abgelehnt wird, wird der erfolgreiche Annäherungsprozess Kroatiens sehr begrüßt.⁵

Sozialdemokratische Partei Europas – SPE

Die SPE ist die Dachorganisation von 33 Mitgliedsparteien aus 28 Staaten, sechs assoziierten Parteien und sieben Parteien mit Beobachterstatus. Poul Nyrup Rasmussen (SD, Dänemark) ist seit seiner Wiederwahl auf dem 7. Kongress am 7.-8. Dezember 2006 in Porto Vorsitzende der SPE. Innerhalb der europäischen Institutionen nimmt die SPE die Position der zweitstärksten Kraft ein: Sie stellt nach den Europawahlen im Juni 2009 184 Abgeordnete, sechs Kommissare sowie in sieben EU-Mitgliedsstaaten die Staats- und Regierungschefs.

Im Dezember 2008 kamen rund 240 Delegierte zum jährlichen Rattreffen der SPE in Madrid zusammen. Dort wurde am 1. Dezember das europaweite Programm der Partei für die EP-Wahlen im Juni 2009 angenommen. Das Motto des Manifests lautet „Der Mensch im Mittelpunkt: eine neue Richtung für Europa“.⁶ Der Annahme ging ein langer Prozess der Konsultationen vorweg, der nicht nur die Führungsriege der Mitgliedsparteien, sondern auch die Basisorganisationen eingebunden hatte. Das Wahlprogramm formuliert die Reformbedürftigkeit in Bereichen, die auch bisher die sozialdemokratische Agenda des „Neuen Sozialen Europa“ prägten: Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, Kampf gegen den Klimawandel, europäische Migrationspolitik, Stärkung der Rolle Europas als Partner für Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Als Antwort auf die globale wirtschaftliche und finanzielle Krise, nahm die SPE auch den Punkt Belebung der Wirtschaft und die Verhinderung zukünftiger Finanzkrisen in ihren Prioritätenkatalog auf.⁷ Das Manifest ist eine kämpferische Ansage an die konservativen politischen Kräfte, mit bisher die Mehrheit im EP-Parlament stellten. Den europäischen Sozialdemokraten ist es trotzdem nicht gelungen,

3 Siehe Congress Documents, www.epp.eu.

4 Siehe Resolutionen, www.epp.eu.

5 Vgl. EEP Summit – Resolution on Croatia, Dezember 2008, www.epp.eu.

6 http://elections2009.pes.org/files/u1/ManifestoBook_DE_Online.pdf.

7 www.pes.org.

ihr Ziel zu erreichen, die EVP als stärkste Fraktion abzulösen. Mit 21,9 Prozent der Stimmen schnitt die SPE sogar deutlich schlechter ab als im Jahr 2004 (27,6 Prozent). Am 7.-8. Dezember 2009 findet der 8. Kongress der SPE in Prag statt. Da wird sich zeigen, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden, um den Niedergang in der Wählergunst zu stoppen.

Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei – ELDR

Die ELDR umfasst inzwischen 56 Mitgliedsparteien. Seit Oktober 2007 ist Annemie Neyts-Uyttebroeck (VLD, Belgien) Vorsitzende der liberalen Partei. Wie schon in der vergangenen Wahlperiode bildet die die ELDR zusammen mit der EDP (Europäische Demokratische Partei) die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)“, die nach den Wahlen im Juni 2009 mit 80 Abgeordneten die drittstärkste Kraft des EP stellt.

In dem Wahlmanifest „Die Top 15“, die auf dem Kongress vom 30. bis 31. Oktober 2008 in Stockholm verabschiedet wurde, formuliert die ELDR ihre politischen Prioritäten für die zukünftige Entwicklung der EU in fünf Politikbereichen: Bürgerrechte; EU-Binnenmarkt, Wachstum und Beschäftigung; Umwelt- und Energiepolitik; EU-Erweiterung; Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.⁸

Weitere EU-Erweiterungsrunden werden von der ELDR ausdrücklich unterstützt. Sie nimmt auch ihre Rolle einer „Brückenfunktion“ für Parteien aus den Nicht-EU-Ländern ernst, indem sie Parteien sowohl der Kandidatenländer als auch der Nachbarstaaten der EU, die keine Mitgliedschaft anstreben als Vollmitglieder akzeptiert. Jüngstes Beispiel ist die Aufnahme der liberal-demokratischen Oppositionspartei „Yabloko“ aus Russland.⁹

Europäische Grüne Partei – EGP

Die EPG ist ein Parteienzusammenschluss aus 33 Mitgliedsparteien aus 29 Ländern und wird von zwei Co-Sprechern angeführt: Philippe Lambert (Ecolo, Belgien) und Ulrike Lunacek (Grüne, Österreich). Der Wahlkongress der Grünen fand vom 27. bis 28. März 2009 in Brüssel statt. Ihr Wahlmanifest unter dem Motto „Ein grüner New Deal für Europa“ setzt sich für traditionell grüne Themen ein: ökologisch nachhaltige Entwicklung, eine Stärkung der Bürgerrechte und einen friedensichernde Sicherheitspolitik.¹⁰ Zudem setzen sich die Grünen verstärkt für Energiesicherheit und Kampf gegen den Klimawandel ein. Die EGP konnte ein gutes Wahlergebnis verzeichnen und stellt 48 der 55 Abgeordneten der Fraktionsgemeinschaft mit der Freien Europäischen Allianz (EFA).

Andere Europäische Parteien

Die Europäische Freie Allianz vertritt ethnische und regionale Parteien aus 19 Mitgliedsländern der Europäischen Union und konnte einen Zuwachs auf 40 Mitgliedsparteien verzeichnen. Langjährige Präsidentin ist Nelly Maes (Spirit, Belgien). Die EFA ist als pro-europäisch einzuordnen, die aber die derzeitigen Strukturen der EU kritisch sieht und sich für eine Dezentralisierung einsetzt, die auf einer Stärkung des Subsidiaritätsprinzips basiert.¹¹ Bei der Wahl im Juni 2009 konnte die EFA zwei Mandate hinzu gewinnen und so

8 Siehe www.eldr.org.

9 Neben Yabloko wurden auf dem Kongress in Stockholm im Oktober 2008 auch zwei serbische Parteien als Vollmitglieder akzeptiert.

10 Vgl. <http://europeangreens.eu>.

bilden sieben Abgeordnete der EFA zusammen mit den Grünen eine Fraktion im Europäischen Parlament.

Die Europäische Demokratische Partei (EDP) hatte ihren Gründungskongress am 9. Dezember 2004 und ist ein Zusammenschluss kleinerer liberaler Parteien. Inzwischen vereint sie 10 Parteien und stellt nach der Wahl im Juni 2009 17 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Die EDP versteht sich als europäische Zentrumsparterie, die sich für effizientere und demokratischere europäischen Institutionen einsetzt. Auf dem EPD-Kongress am 5. Dezember 2008 wurde Francois Bayrou als Parteipräsident bestätigt.

Die Allianz für ein Europa der Nationen (AEN) ist ein eurokeptisches Bündnis und vereint 16 Mitgliedsparteien, die dem populistischen und nationalkonservativen politischen Lager anzurechnen sind. Die Abgeordneten der AEN verteilen sich auf verschiedene Fraktionen im europäischen Parlament.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) ist Teil der GUE/NGL-Fraktion, die bei der Wahl im Juni 2009 sechs Mandate eingebüßt haben und nun 35 Abgeordnete stellen. Die EL besteht aus 19 kommunistischen und sozialistischen Mitgliedsparteien und elf Beobachterparteien und wird von Lothar Bisky (Die Linke) angeführt.

Die EU-Demokraten sind ein Zusammenschluss aus Parteien, Organisationen aus dem NGO-Spektrum und Einzelpersonen aus 13 EU-Ländern, die sich als ein Netzwerk für internationale Zusammenarbeit präsentieren, das mit Parteien und politischen Bewegungen aus dem Mitte-Links und Mitte-Rechts-Spektrum kooperiert und sich vor allem für Transparenz der Entscheidungsstrukturen der Europäischen Union auf der Basis der Subsidiarität und der Stärkung der Demokratie einsetzt.

Regelungen und Finanzierung für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen

Ein wichtiger Impuls für die Stärkung der politischen Rolle der europäischen Parteien sind die Regelungen des Parteistatuts, das seit Januar 2008 in Kraft ist. Die reformierten Regelungen schaffen nicht nur eine verbesserte Grundlage für die Finanzierung der Parteien aus EU-Haushaltsmitteln, sondern ermöglichen unter anderem mehr Flexibilität hinsichtlich der Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln auf das Folgejahr und die Möglichkeit Rücklagen zu bilden. Die Vorschriften legen fest, dass die europäischen politischen Parteien die Möglichkeit erhalten, 25 Prozent ihrer gesamten Jahreseinkünfte auf das erste Quartal des Folgejahres zu übertragen. Die Parteien sollen so auf veränderte politische Gegebenheiten und Prioritäten, die bei der Aufstellung des jährlichen Etats und der Arbeitsprogramme der Parteien kaum absehbar waren, besser reagieren können.

Zudem soll es gestattet sein, aus dem, was sie über ihren jetzt verringerten Eigenanteil von 15 Prozent hinaus an Mitteln generieren, Rücklagen zu bilden. Im Interesse einer ausgewogenen Finanzierung sollen die Parteien Rücklagen von bis zu 100 Prozent ihrer durchschnittlichen jährlichen Einkünfte bilden dürfen. Bei darüber hinausgehenden Einkünften wird der Anteil der künftigen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln entsprechend gekürzt. Die neuen Bestimmungen gelten für Finanzhilfen, die den europäischen politischen Parteien ab dem Geschäftsjahr 2008 gewährt werden. Das Budget für die Finanzierung der Europäischen Parteien betrug 2007 10,1 Millionen; 2008 erhöhte sich diese Summe auf 10,6 Millionen.¹²

11 www.e-f-a.org.

Es wird auch in der neuen Verordnung festgeschrieben, dass politische Parteien auf europäischer Ebene die Mittel, die sie aus dem EU-Haushalt erhalten, auch zur Finanzierung von Kampagnen im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europaparlament verwenden dürfen. Das sollte den Parteien die Chance größerer Publizität und stärkerer Mobilisierung eröffnen. Bei den Wahlen 2009 wurde dieses Potenzial allerdings kaum genutzt.

Politische Stiftungen auf europäischer Ebene

Zusätzlich zu den Finanzierungsregeln für die Parteien wurde auch die finanzielle Förderung von politischen Stiftungen auf europäischer Ebene festgelegt. Alle zehn Parteien¹³ haben Ende 2007 im Rahmen eines von der Europäischen Kommission finanzierten Pilotprojekts Stiftungen auf europäischer Ebene gegründet.¹⁴ Das Budget betrug vom Oktober 2007 bis August 2008 rund eine Million Euro. Seit September 2008 hat das EP die Finanzierung der Stiftungen übernommen und hat bis Dezember 2008 fünf Millionen Euro bereitgestellt.

Das Parteienstatut enthält konkrete Aufgabenzuweisungen, die eine Stiftung auf europäischer Ebene erfüllen sollte. Zum einen sind die Stiftungen Einrichtungen, die einer politischen Partei auf europäischer Ebene angeschlossen sind und durch ihre Arbeit die Ziele dieser politischen Partei auf europäischer Ebene unterstützen. Dabei sollten nach den Regelungen die Stiftungen folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Beobachtung, Analyse und Bereicherung von Diskussionen über Themen der europäischen Politik und den Prozess der europäischen Integration
- Entwicklung von Tätigkeiten in Verbindung mit europapolitischen Themen wie z.B. die Durchführung oder Unterstützung von Seminaren, Fortbildungsmaßnahmen, Konferenzen und Studien zu diesen Themen unter Mitwirkung einschlägiger Akteure einschließlich Jugendorganisationen und sonstiger Vertreter der Zivilgesellschaft
- Entwicklung der Zusammenarbeit mit gleichartigen Einrichtungen, um die Demokratie zu fördern
- Schaffung einer Plattform für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene von nationalen politischen Stiftungen, Wissenschaftlern und anderen einschlägigen Akteuren.

Die einer politischen Stiftung auf europäischer Ebene zugewiesenen Mittel dürfen ausschließlich zur Finanzierung der Arbeit der Stiftung und keinesfalls zur Finanzierung von Wahlkämpfen verwendet werden. Die Mittel, die politische Stiftungen auf europäischer Ebene aus dem EU-Haushalt erhalten, dürfen auch nicht der unmittelbaren oder mittelbaren Finanzierung von politischen Parteien auf europäischer oder nationaler Ebene oder von Stiftungen auf nationaler Ebene dienen. Ein wichtiger Unterschied beispielsweise zu dem Stiftungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland ist, dass eine europäische Stiftung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ganz offen ihre Partei unterstützen und in ihren Tätigkeiten ergänzen soll.

12 Die jeweilige Verteilung der finanziellen Zuwendungen an die Parteien auf europäischer Ebene wird auf der homepage des Europäischen Parlament veröffentlicht: www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?id=43&pageRank=1&language=DE.

13 Hier ist die Partei AIDE noch berücksichtigt.

14 Stiftungen der etablierten europäischen Parteien: Center for European Studies–CES (EVP); Foundation for European Progressive Studies–FEPS (SPE); European Liberal Forum–ELF (ELDR); The Green European Institute–GEI (EGP).

Es stellt sich die Frage, inwiefern eine neue Struktur von politischen Stiftungen auf europäischer Ebene tatsächlich gebraucht wird und ob deren Aufgabenspektrum nicht bereits von den niedergelassenen Büros anderer parteinaher Stiftungen übernommen wird. Gerade die deutschen parteinahen Stiftungen sind europaweit vertreten und übernehmen die geforderten Aufgaben bereits. Andererseits wird die Hoffnung geäußert, „kommunikative Defizite zwischen der Öffentlichkeit und den politischen Institutionen abzubauen, indem sie Debatten über spezifisch europäische Themen oder Fragen der europäischen Integration führen“.¹⁵ Den politischen Parteien auf europäischer Ebene ist im Artikel 138a des Maastrichter Vertrag von 1992 auch die Aufgabe zugeschrieben worden, ein „europäisches Bewusstsein“ herauszubilden. Dieser Herausforderung sind die europäischen Parteien in den Jahren ihrer Existenz kaum gerecht geworden. Die politischen Stiftungen auf europäischer Ebene könnten sich zu einer Unterstützung bei der Schaffung und Erhaltung einer europäischen Öffentlichkeit entwickeln.

Weiterführende Literatur

Carstens, Otto Markus: Europäische Parteien. Wirkungsvolle Akteure der Demokratie? Marburg 2009.
Mittag, Jürgen u. Janosch Steuerer: Politische Parteien in der EU, Stuttgart 2010.

15 Vgl. Mittag, Jürgen: Europäische Parteien im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B. 23-24, 2009, S. 42-46.